

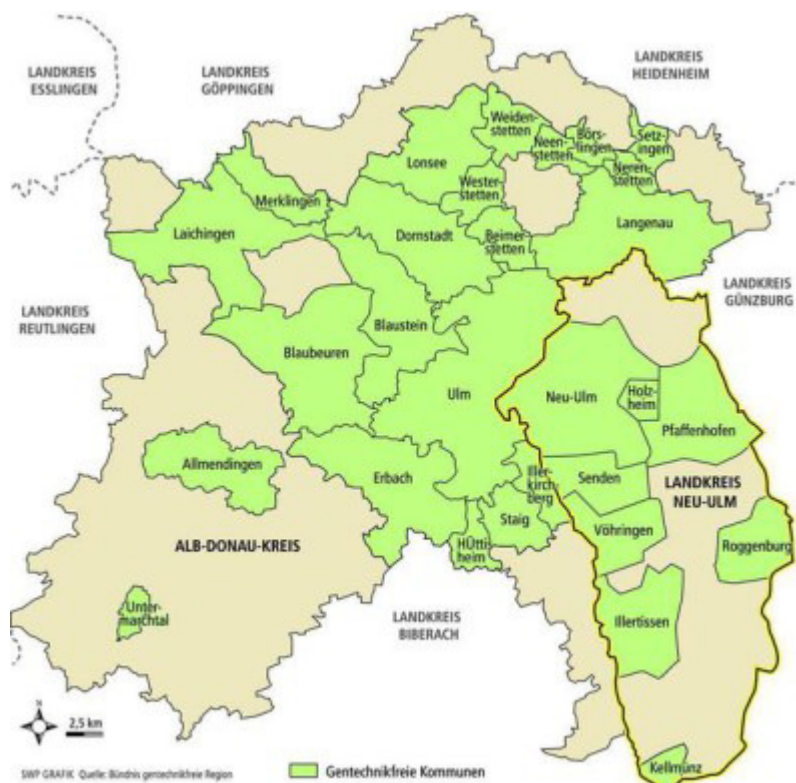
<http://www.swp.de/ehingen/lokales/ehingen/Print-Anbauverbot-Kreistag-Gentechnik-Saatgut-Asien-Nord-Suedamerika-Alb-Donau-Kreis-Kirchen-Ulm-Neu-Ulm-Signal-gegen-Gentechnik;art4295,1185966>

Alb-Donau-Kreis

Signal gegen Gentechnik

Die gentechnikfreie Region ist gewachsen. Auch der Alb-Donau-Kreis bekennt sich zum Verzicht auf gentechnisch verändertes Saatgut und zu Lebensmitteln ohne Gentechnik. Ein politisches Signal des Kreistags.

THOMAS STEIBADLER | 26.10.2011



Mit klarer Mehrheit hat sich der Kreistag für eine "gentechnikfreie Anbauregion Alb-Donau-Kreis" ausgesprochen. Kreisräte aller vier Fraktionen stimmten am Montag für einen von Freien Wählern, SPD und Grünen gestellten Antrag. Damit wird der Kreis künftig die Pächter seiner landwirtschaftlichen Flächen in die Pflicht nehmen. In den Pachtverträgen wird es heißen: "Die Verwendung von gentechnisch verändertem Saatgut und der Anbau gentechnisch erzeugter Pflanzen ist nicht gestattet." Ähnliche Beschlüsse haben bereits der Kreis Neu-Ulm sowie zahlreiche Kommunen (in der Grafik grün gekennzeichnet) gefasst.

Der bei fünf Nein-Stimmen und sieben Enthaltungen gefasste Beschluss stellt nach den Worten des Langenauer Bürgermeisters Wolfgang Mangold, Sprecher der Freien Wähler im Kreistag, "ein klares politisches Signal" dar. Das betonte auch Robert Jungwirth (Grüne): Damit werde der Kreistag seiner Verantwortung gerecht. SPD-Fraktionsvorsitzender Günter Neubauer sagte: "So stützen wir ortsnahe Produzieren von Lebensmitteln."

Für das "Bündnis für eine gentechnikfreie Region (um) Ulm" stelle der Beschluss des Kreistags einen "weiteren Meilenstein" dar, sagte Ralf Stolz, Regionalgeschäftsführer des BUND. Dabei verfügt der Alb-Donau-Kreis lediglich über 13,4 Hektar verpachtete Landwirtschaftsfläche. Die Signalwirkung soll aber weit darüber hinausreichen, denn im Beschluss heißt es: "Der Kreistag appelliert an die Städte und Gemeinden, alle weiteren Körperschaften des öffentlichen Rechts sowie Kirchen, in gleicher Weise zu handeln." Appell und Beschluss beziehen sich auch auf Kantinen und Küchen der kreiseigenen Einrichtungen wie Kliniken, Pflegeheime oder Schulen. Dort dürfen Lebensmittel, die gentechnisch veränderte Zusatzstoffe enthalten, fortan nicht verwendet werden.

Gegen die Annahme des fraktionsübergreifenden Antrags hatte sich Christian Wittlinger (CDU) ausgesprochen. Er verwies auf die Ziele, die mit der Gentechnik in der Landwirtschaft erreicht werden sollten. Sowohl Nahrungsmittel als auch nachwachsende Rohstoffe könnten möglicherweise effektiver produziert werden. Erst durch weitere Forschung sei es möglich, die von Gentechnik-Gegnern angeführten Risiken objektiv zu bewerten. Weil Landkreise für die Zulassung gentechnisch veränderter Organismen ohnehin nicht zuständig seien, solle es der Kreistag beim Appell an die Landwirte belassen, "auf den Anbau biotechnologisch veränderter Pflanzen zu verzichten". Wittlinger verwies auch darauf, dass in Nord- und Südamerika sowie in Asien die Gentechnik in der Landwirtschaft selbstverständlich sei. Aber nicht alle CDU-Kreisräte folgten Wittlingers Argumentation und stimmten gegen den Antrag. Einige enthielten sich der Stimme, manche schlossen sich der Mehrheitsmeinung an.

Einigkeit herrschte im Ausschuss, dass ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 6. September dazu beitragen kann, auch den versuchsweisen Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen zu verhindern. Das Gericht stellt fest, dass Honig, der mit Pollen von Gen-Mais verunreinigt ist, nicht mehr als Lebensmittel verkauft werden darf. Aufgrund des Urteils kann der betroffene Imker Schadenersatz einklagen. Das bedeutet laut Frank Schied, Fachdienstleiter im Landratsamt, dass jeder Bauer, der gentechnisch verändertes Saatgut ausbringen sollte, mit einer Schadenersatzklage rechnen muss. Damit es nicht soweit kommt, hat das Genfrei-Bündnis eine Liste der Agrarhändler zusammengestellt, die gentechnikfreie Futtermittel anbieten.